

1. Mai-Rede 2007, Spiez,  
Nyffenegger Ulrich

## Respekt für eine nachhaltige Entwicklung

Liebe Spiezerinnen und Spiezer, liebe Gäste

In der Einladung zur heutigen Feier steht:  
**Respekt für eine nachhaltige Entwicklung.**

Die einen oder anderen werden sich gefragt haben, was denn nachhaltige Entwicklung mit dem Tag der Arbeit zu tun hat? Sehr viel, denn Nachhaltige Entwicklung ist nicht einfach Umweltschutz.

Nachhaltige Entwicklung heisst, die Bedürfnisse der heutigen Generation zu befriedigen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden. Dabei sind die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft gleichwertig zu behandeln.

Dieses Gleichgewicht ist aber nicht vorhanden und droht je länger je einseitiger zu werden. Die Wirtschaft beansprucht die alleinige Vorherrschaft. Durch Ausbeutung von Umwelt und Arbeitskräften wird das Ungleichgewicht immer grösser und die Möglichkeiten für zukünftige Generationen immer schlechter.

Diesem Trend müssen wir entgegenwirken, es braucht mehr Respekt für eine nachhaltige Entwicklung.

Seit Jahren lesen wir von horrenden Managerbonifikationen, goldigen Fallschirmen und jährlichen Lohnerhöhungen in zweistelliger Höhe für die Herren Vasella, Ospel und wie sie alle heissen, diese Abzocker der Nation. Und das selbstverständlich unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, währenddessen es für die untersten Lohnklassen kaum zum Teuerungsausgleich reicht.

Als Begründung für dieses Raubrittertum der Mächtigen wird die internationale Konkurrenz genannt. Erstaunlich nur, dass der bestbezahlte Banker Deutschlands – notabene ein Schweizer – weniger verdient als viele unserer Schmalspurmanager in der Schweiz.

Zurzeit geht es der Schweizer Wirtschaft recht gut. Die Auftragsbücher sind voll und täglich hören wir von neuen Rekordgewinnen. Aber im Geldrausch vergisst die Wirtschaftselite, wer eigentlich für diese guten Ergebnisse verantwortlich ist. Es sind primär die Lohnabhängigen, welche tagtäglich zuverlässig ihre Arbeit erledigen. Menschen, keine Maschinen. Menschen, die Respekt verdient haben, weil sie mehr sind als blosser Werkzeuge. Menschen, die ein Recht darauf haben, an diesem Aufschwung beteiligt zu werden. Weil sie ihn erschaffen haben.

Aber was passiert stattdessen? Seit gestern wissen wir, dass die Beteiligung durch die Arbeitnehmer gerade mal 0.1 % Realloohnerhöhung ausmachte – die fetten Gewinne haben einmal mehr andere eingesteckt.

Und die Beschäftigten? - Sie büssen den Aufschwung mit mehr Überstunden und sind am Arbeitsplatz immer grösserem Stress ausgesetzt. Fehlende Arbeitskräfte werden praktisch nur noch mit unsozialen Arbeitsverträgen angestellt. Statt dass zum Beispiel neue Teilzeitstellen geschaffen würden, bietet die Wirtschaft Temporärstellen und Arbeit auf Abruf an, einzig um Kosten zu sparen und möglichst keine Verpflichtungen einzugehen. Umso unsicherer werden die Arbeitsverhältnisse. Stellt Euch vor, was es für einen Familienvater bedeutet, wenn er weiss, dass er seine Stelle nach ein paar wenigen Monaten oder Wochen bereits wieder verlieren wird. Oder für eine Frau, die auf ein fixes Einkommen angewiesen ist und zuhause auf den erlösenden Anruf des Arbeitgebers warten muss, damit sie endlich ein paar Stunden arbeiten kann. Und das meist

erst noch im Wissen, dass sie als Frau rund 20% weniger Lohn bekommt als ihre männlichen Kollegen.

Die Entwicklung dieser ungerechten Arbeitsbedingungen ist beängstigend: Innerhalb von fünf Jahren haben die befristeten Anstellungen und die Arbeit auf Abruf um rund 30% zugenommen. Noch schlimmer sieht es bei der Temporärarbeit aus: Vor 10 Jahren arbeiteten in der Schweiz rund 100'000 Personen temporär, letztes Jahr waren es bereits 250'000, also zweieinhalb mal so Viele.

Diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist alles andere als nachhaltig. Nicht der Millionengewinn von Konzernmanagern ist ein Zeichen für die gesunde Wirtschaft, sondern gute und gleichberechtigte Löhne und sichere Arbeit für alle. Aber von dieser Entwicklung sind wir noch weit entfernt. Deshalb werden wir auch weiterhin für faire Arbeitsbedingungen kämpfen müssen. Sei dies zum Beispiel durch Mindeststundenlöhne für alle Branchen oder griffigen Massnahmen gegen Lohn-dumping. Und natürlich auch weiterhin für den Dauerbrenner, „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“.

Nicht nur wegen den vollen Auftragsbüchern sondern auch unter dem Motto von Effizienzsteigerung und Kosteneinsparungen werden die Angestellten immer mehr unter Druck gesetzt. Und wer dem Druck nicht mehr Stand halten kann, der wird ausgemustert. Und damit sind wir bei einem weiteren wichtigen Problem der heutigen Wirtschaftsentwicklung. Immer mehr Beschäftigte werden durch ihre Arbeit krank, - psychisch krank! Und dann sind sie ein Fall für die Invalidenrente, also für die Allgemeinheit.

Aber dort sind sie auch nicht willkommen. Bürgerliche Politiker, allen voran Bundesrat Blocher finden, dass es sich dabei oft um Leute handelt, die zu faul zum arbeiten sind. In diesem Sinne wurde nun auch die Invalidenversicherung revidiert. Statt sich zu überlegen, was denn eigentlich bei den Arbeitsbedingungen falsch läuft, wenn immer mehr Arbeitnehmer gesundheitlich so stark angeschlagen werden, so dass sie arbeitsunfähig werden, hat das Parlament in der 5. IV-Revision den Druck auf die Betroffenen dermassen erhöht, dass es für sie in Zukunft noch viel schwieriger wird. Einerseits werden sie kaum eine Invalidenrente bekommen und andererseits gibt es praktisch keine Arbeitsstellen für sie. Auch da sollten die Arbeitgeber mehr in die Pflicht genommen werden.

Mit einer Quotenregelung bei der Anstellung von Behinderten oder einem Bonus-Malus-System, - das Unternehmungen belohnt, die Arbeitsstellen für Behinderte anbieten und Firmen ohne solche Stellen belastet, könnte da sehr viel erreicht werden. Aber solche Anreize wurden von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit, für die Wirtschaft, als nicht zumutbar betrachtet.

Obschon die Wirtschaft also mit ihrer harten Arbeitswelt immer mehr Berufsunfähige produziert, ist sie nicht bereit, die Folgen daraus mit zutragen. Die Invalidenversicherung ist deshalb auch sehr defizitär. Die fünfte Revision der Invalidenversicherung wird trotz Leistungsabbau nicht zur finanziellen Sanierung der IV führen.

Ich rufe sie deshalb auf, diese Revision abzulehnen und an den Absender zurück zu senden. Die IV muss besser ausgestaltet werden und die Finanzierung muss zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerechter aufgeteilt werden. Auch das gehört zur Nachhaltigen Entwicklung, dass Schwächere und Invalide nicht ausgegrenzt werden.

Es gibt noch ein weiteres wichtiges Thema im Zusammenhang mit Arbeit und Nachhaltiger Entwicklung. Wenn wir die Möglichkeiten künftiger Generationen nicht schmälern wollen, müssen wir ihnen auch die nötige Bildung gewähren. Aber in diesem Bereich sieht es noch düsterer aus, als in der restlichen Arbeitswelt. Eine Lehrstelle ist heute ein sehr kostbares Gut. Trotz Wirtschaftsaufschwung gibt es fast keine neuen Lehrstellen.

Es ist höchst bedenklich, wenn Jugendliche trotz genügenden Leistungen und Willen keine Lehrstelle oder Ausbildung nach ihrem Wunsch bekommen. Der Konkurrenzkampf für eine Lehrstelle

ist heute schon fast auf Niveau Spitzensport. Vielleicht haben sie auch von der Lehrstellensuche einer Jugendlichen in Oerlikon gehört. Nachdem sie innerhalb von drei Jahren rund 300 Absagen erhalten hatte, lies sie am Bahnhof Oerlikon ein Plakat in Weltformat aufhängen. Mit Bild und persönlichen Angaben suchte sie eine KV-Lehrstelle. Dank diesem Aufsehen erregenden Vorgehen hat sie nun eine Lehrstelle gefunden.

Wenn das die Mittel sind um an eine der seltenen Lehrstellen nach Wunsch zu kommen, dann ist das eine Bankrotterklärung unseres Bildungssystems, aber auch eine schwere Hypothek für unsere Wirtschaft. Denn die gut ausgebildeten Arbeitskräfte sind ein wichtiger Grundstein unseres Wohlstandes. Wir verfügen nicht über grosse Bodenschätze oder riesige Industrien. Unser Potential liegt in der Qualität, Präzision und unserem vielseitigen Knowhow.

Aber wo liegt das Problem? Die kurzsichtigen Entscheidungen für Gewinnmaximierungen lassen keine kostspieligen Lehrstellen mehr zu. Dabei wären diese im Verhältnis zu den überrissenen Salären der Topmanager eine Kleinigkeit. Eine Lehrstelle kosten das Unternehmen schlimmstenfalls mehrere zehntausend Franken. Das heisst, mit einer Million Franken könnten gut 50 bis 100 Lehrstellen generiert werden. Alleine die Herren Vasella und Ospel könnten durch den Verzicht eines Zehntels ihres unanständigen Lohnes rund 300 – 500 Lehrstellen schaffen. Wenn all die kleinen Vasellas und Ospels mitziehen würden, hätten wir wohl ein Lehrstellen-Überangebot. Aber auch die öffentliche Hand könnte weit mehr für das Angebot an Lehrstellen tun. Eine Lehrstelle kostet die Gesellschaft weit weniger als Jugendliche ohne Ausbildung und Arbeit, die von der Sozialhilfe leben müssen. Und dass dies ein echtes Problem ist, zeigt sich daran, dass bei den Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren der Anteil von Sozialhilfebezügern unter allen Erwachsenen am höchsten ist.

Hier braucht es zukünftig wesentlich mehr Solidarität zwischen den Arbeitenden und den Jugendlichen. Analog zum Sozialwerk der AHV, wo die Arbeitenden für die Pensionierten bezahlen, müssen die Ausgebildeten für Auszubildende zahlen.

Eigentlich ist das Thema der Lehrstellen nichts Neues. Bereits vor fast 10 Jahren, als wir uns in einer Arbeitsgruppe zum Arbeitsplatzabbau Berner Oberland im Bereich Post, Swisscom und Armee getroffen haben, habe ich darauf hingewiesen, das neben dem offensichtlichen Stellenabbau, im Stillen ein schleichender Lehrstellenabbau erfolge, den es zu stoppen gilt. Nationalrat Strahm hat daraufhin eine Parlamentarische Initiative eingereicht, der prompt auf der Titelseite der Sonntagszeitung landete. Er forderte eine Ausbildungsverpflichtung für Unternehmungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur als Konzessionsvoraussetzung. Leider aber bis heute mit zuwenig Erfolg.

Ideen zur Förderung von mehr Lehrstellen gibt es viele. Wie bei der Beschäftigung von Invaliden kann auch bei den Lehrstellen eine Quotenregelung oder ein Bonus- Malus System angewendet werden. Besser als Beiträge aus der Arbeitslosenkasse für die Jugendlichen ohne Lehrstelle wären Ausbildungsbeiträge an Unternehmen mit Lehrstellen.

Nicht nur die Schulbildung sondern auch die Berufsbildung muss für alle gewährleistet werden können und zwar mit den gleichen Chancen. Nur so geben wir den künftigen Generationen die Möglichkeiten im Sinne eine nachhaltige Entwicklung.

Schon Konfuzius hat, immerhin 500 Jahre vor Christus gesagt:

***Bildung soll allen zugänglich sein. Man darf keine Standesunterschiede machen.*** Konfuzius (551-479 v.Chr.)

Die SP-Fraktion hat einen Vorstoss eingereicht, dass der Bundesrat eine Strategie entwickeln muss, wie über die obligatorische Schulpflicht hinaus die Gewährleistung einer Ausbildungsmöglichkeit bis zum 18. Alterjahr möglich wird.

Das betrifft natürlich auch die Ausbildung an den Hochschulen. In diesem Bereich ist vor allem mehr Chancengleichheit gefordert. Das heisst, dass das Studieren nicht eine Frage des Geldes sein darf. Gemäss einer Studie sind nur gerade 9% Hochschulabgänger aus Familien von Eltern ohne Berufsabschluss – ich bin übrigens auch einer davon. Damit auch Kinder aus ärmeren Verhältnissen die Chance auf eine höhere Bildung haben, braucht es aber mehr Mittel als dies heute der Fall ist. Um das Fachhochschulgesetz und das Berufsbildungsgesetz schon nur teuerungsbereinigt umzusetzen, wären in den nächsten vier Jahren 8 % Mehrausgaben notwendig. Der Bundesrat sieht aber nur 6% vor. Der Bildungsabbau geht also munter weiter.

Auch der Kanton Bern mischt dabei seit Jahren wacker mit. Insbesondere bei den Fachhochschulen. Ich habe zwei Studien absolviert, die es mittlerweile im Kanton Bern beide nicht mehr gibt. Sowohl das Chemiestudium wie auch das Energieingenieurstudium an der Fachhochschule Burgdorf wurden ersatzlos gestrichen. Da nützt dann die beste Wirtschaftsförderungen für Biotechfirmen und erneuerbaren Energien wenig, wenn die entsprechenden Fachleute nicht mehr vorhanden sind. Lieber ködert man solche Firmen mit Millionenschweren-Steuer geschenken, statt ihnen qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Und die entsprechenden Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten.

***Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.***

das sagte kein geringerer als **Benjamin Franklin** (1706-90), Mitunterzeichner der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung.

Bildung ist und bleibt die wichtigste Ressource unseres Landes. Mit ihr verbessern wir die Chancen unserer Jugend, damit vermindern wir die Arbeitslosigkeit, sie stärkt unsere Wirtschaft und verbessert den Wohlstand.

Meine Damen und Herren,  
wir brauchen mehr Respekt für faire Arbeitsbedingungen, mehr Respekt im Umgang mit Schwächeren und mehr Respekt für die Chancengleichheit in der Bildung.

Ich fordere sie auf, mit zu kämpfen für mehr Respekt für eine Nachhaltige Entwicklung. Sei dies im Bereich von Arbeit und Bildung oder sei dies für die Erhaltung unserer Umwelt.  
Danke für euer Engagement!